

worden war. Stapf, von dem wenig bekannt ist, hatte diese Anlagen offenbar in stand zu halten. Von 1618 bis 1621 führte er außerdem eine Bereisung von befestigten Plätzen durch und erstellte Verbesserungsvorschläge in Gestalt von kommentierten Plänen für Frankfurt, Udenheim – Philippsburg –, Alzey, Oppenheim, Ingelheim, Frankenthal, Zweibrücken, Kaiserslautern, Selz, Billigheim, Germersheim, Stein am Rhein, Umstadt und Heidelberg. Dieses Planwerk befindet sich heute in der Bayerischen Staatsbibliothek München. Stapfs für Frankenthal unterbreiteter Vorschlag wurde schon 1620 umzusetzen begonnen. Auch der – gewestete – Wertheimer Plan weist ihn als voll ausgebildeten Militärarchitekten aus. Nördlich zum Main hin hat er fünf Bastionen unterschiedlicher Form und drei zwischenliegende Kurtinen vorgesehen, die mit Rücksicht auf Gelän-

degestalt und Höhenverhältnisse einen wirksamen Einsatz von Festungsartillerie ermöglicht hätten; jedenfalls erlauben die Winkel ein nahezu flächendeckendes Bestreichen, und zwar auch von den älteren, höher gelegenen Bollwerken aus, der am meisten gefährdeten Partien, insbesondere des Haupttorbereichs – Mitte rechts –. Von der mittelalterlichen Burganlage sind bis auf den Bergfried, der in der Mitte als aufgeklebtes Quadrat erscheint, nur die äußeren Umrisse gegeben, da die Bastionen mit diesen korrespondieren müssen. Hangseits waren zusätzlich gedeckte Gänge vorgesehen. Eine Windrose und ein unten rechts beigefügtes Höhenprofil für eine Geschützstellung vervollständigen die auch zeichnerisch hervorragende Arbeit. Leider stören einige Wasserflecke. Man mag sich vergegenwärtigen, daß die erforderliche Exaktheit der Planung maß-

stäbliches Vorgehen erzwang; dies geschah seinerzeit in Wertheim wohl erstmalig und sollte sich erst spät im 18. Jahrhundert wiederholen. Stapf dürfte seine Kenntnisse über die Bastionierung in der italienischen, den Steinbau erfordernden Manier aus dem Werk von Daniel Specklin (1536–1589) geschöpft haben, der zum Beispiel für Belfort 1579 eine vergleichbare Planung vorgelegt hat. Gerade der Umstand, daß Stapfs Plan wie so viele andere nicht verwirklicht wurde, macht ihn uns wert als Zeugnis der Festungsbaukunst am Beginn des Dreißigjährigen Kriegs und des politischen Willens eines minder mächtigen Reichsstands, der sich Spezialistentum freilich nur ausleihen konnte. Es bedurfte des Zusammenwirkens eines besonderen Anlasses und mehrerer glücklicher Umstände, daß er seinem Autor nun zugeschrieben werden konnte ■ *Rödel*

## Erste Findmittel des Regierungspräsidiums Freiburg fertiggestellt

*Im Zuge der Abwicklung sind die Ministerien der bisherigen Länder und die Landesbezirksverwaltung des Landesbezirks Baden zu vorläufigen staatlichen Mittelinstanzen umzubilden ... Der Leiter der Mittelinstanz ... führt die Dienstbezeichnung Regierungspräsident. So bestimmte es das Überleitungsgesetz vom 15. Mai 1952, das dem neu geschaffenen Bundesland Baden-Württemberg eine vorläufige Verwaltungsorganisation vorschrieb. Aus den vier vorläufigen Regierungspräsidien – Nordwürttemberg, Nordbaden, Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern – wurde eine Dauereinrichtung, die sowohl die Verwaltungsreform von 1972 als auch bislang die gegenwärtige Finanzmisere überdauern konnte.*

Mit der Gründung des Landes Baden-Württemberg endete für das Land (Süd-)Baden seine erst 1947 begründete staatliche Eigenständigkeit. Die ehemaligen Ministerien und oberen Landesbehörden hatten jedoch nur die wichtigsten Aufgaben – und damit auch die dazugehörigen Akten – an die neu geschaffene Landesregierung in Stuttgart abzutreten. Ein Großteil der bisherigen Aufgaben und Akten verblieb in Freiburg und wurde von den ehemaligen, nun zu Mittelinstanzen herabgestuften Ministerien, die zunächst als Abwicklungsstellen und schließlich ab 1. Oktober 1952 als Fachabteilungen des Regierungspräsidiums fungierten, weiter bearbeitet. In der Überlieferung des Regierungspräsidiums Freiburg befinden sich deshalb zahlreiche Vorakten, die entweder 1952 geschlossen oder aber vom Regierungspräsidium weitergeführt worden waren.

Seit 1959 hat das Regierungspräsidium Freiburg dem dortigen Staatsarchiv rund 900 Regalmeter Akten übergeben, die bislang lediglich durch die insgesamt 190 Ablieferungslisten der Behörde erschlossen waren. Vor allem die zahlrei-

chen, vom Regierungspräsidium Freiburg nicht fortgeführten Vorakten der ehemaligen (süd-)badischen Landesbehörden aus der Zeit zwischen 1945 und 1952 waren teilweise der Nutzung vollkommen entzogen, da sie in den Ablieferungslisten zum Teil gar nicht oder nur unzulänglich erfaßt waren. Im Rahmen eines besonderen Projekts wird nun im Staatsarchiv Freiburg seit Mai 1995 diese schriftliche Überlieferung des Regierungspräsidiums Freiburg archivisch bearbeitet. Im Zuge der zunächst durchgeführten Provenienztrennung konnten von den bislang bearbeiteten 600 Regalmeter Akten rund 80 Regalmeter als Vorakten den (süd-)badischen Landesbehörden zugewiesen werden. Dies Schriftgut wurde provisorisch in Listen erfaßt, so daß es der Forschung auch schon vor seiner endgültigen Verzeichnung zugänglich ist. Ihr stehen, um einige wenige Beispiele zu nennen, nun Akten zum Arbeitseinsatz deutscher Kriegsgefangener in der (süd-)badischen Wirtschaft nach 1945 ebenso zur Verfügung wie etwa Unterlagen zur Unterbringung der Vertriebenen oder zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. In der umfangreichen Überlieferung der Abteilung Landwirtschaft konnte Schriftgut aus der Zeit des Dritten Reichs aufgefunden werden. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Disziplinarakten der *Deutschen Jägerschaft* des Gaus Südbaden gegen Jäger – zum Teil Amtsträger der NSDAP – wegen Verstößen gegen das Kriegswirtschaftsgesetz.

Die provenienzbereinigten Teilbestände konnten sodann nachbewertet, unter Zuhilfenahme des Archivverzeichnungsprogrammes MIDOSA 95 verzeichnet und konservatorisch behandelt werden. Die Nachbewertung – rund 70 Prozent der Akten erwiesen sich als nicht aufbewahrungswert und konnten vernichtet werden – und die Klassifikation der Bestände erfolgte in

enger Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Ludwigsburg, so daß der Nutzer künftig in diesen beiden Archiven denselben Zugang zu den Beständen der jeweiligen Regierungspräsidien haben wird. In der ersten Jahreshälfte 1997 liegen nun Findmittel zu den Beständen F 30/3 *Landwirtschaft und Veterinärwesen*, F 30/4 *Straßenwesen und Verkehr*, F 30/5 *Gesundheitswesen und Soziales*, F 30/6 *Wasserwirtschaft*, F 30/7 *Umweltschutz*, F 30/8 *Bauwesen und Raumordnung* und F 30/9 *Wasserstraßen* vor.

Die Repertorien zu den übrigen beiden Abteilungen – Allgemeine und innere Verwaltung, Wirtschaft und Arbeit – sind bereits in Bearbeitung und sollen Ende 1997 fertiggestellt sein. Aber schon heute liegen wichtige Akten der Abteilung Landwirtschaft – hier vor allem über die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg – und zum Straßenbau im südbadischen Landesteil zur Nutzung bereit. Die Aufnahme der Vertriebenen, ihre soziale und kulturelle Eingliederung ist in der Abteilung Gesundheit und Soziales dokumentiert, die damit zusammenhängenden Wohnungsbauprogramme sowie der Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte und Gemeinden in der Abteilung Bauwesen und Raumordnung. Im Bereich der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes findet der Nutzer Akten zur Versorgung des ländlich strukturierten Regierungsbezirks Freiburg mit Trinkwasser sowie zur Beseitigung des Abwassers und des Mülls – hier vor allem des Gewerbe- und Sondermülls. Nach der Fertigstellung dieser beiden noch ausstehenden Findmittel wird im Staatsarchiv Freiburg die schriftliche Überlieferung der größten Behörde des Regierungsbezirks im Umfang von rund 300 Regalmetern vollständig erschlossen sein ■ *Häußermann*